Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 1

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Innenpolitisch war die Zeit zwischen Weihnacht und Neujahr wie immer ausgesprochen ruhig. Das wichtigste Ereignis des Jahresanfangs war ohne Zweifel die Verteilung der Departemente, die der neu zusammengesetzte Bundesrat am 5. Januar vorgenommen hat. Das Ergebnis hat den Erwartungen entsprochen. Die Bundesräte Petitpierre und Chaudet behalten ihre bisherigen Departemente (Politisches Departement beziehungsweise Militärdepartement), während Bundesrat Wahlen vom Justiz- und Polizeidepartement ins Volkswirtschaftsdepartement hinüberwechselt. Für die vier neugewählten Bundesräte ergibt sich folgende Departementsverteilung: Tschudi übernimmt das Departement des Innern, von Moos das Justiz- und Polizeidepartement, Bourgknecht das Finanz- und Zolldepartement, Spühler das Post- und Eisenbahndepartement. – Wir halten diese Verteilung für zweckmäßig und vom sozialdemokratischen Standpunkt aus als günstig. Die bürgerlichen Parteien müssen mit der Finanzmisere, die sie sich eingebrockt haben, fertig werden, und es schadet gar nichts, wenn nun dem Vertreter der Konservativ-christlichsozialen die Verantwortung für die Bundesfinanzen überbunden wurde. Bundesrat Bourgknecht, der als «Sparer» bekannt ist, wird sich aber hoffentlich keine Illusionen machen. Die schweizerische Sozialdemokratie wird ihm nicht folgen, wenn er den Weg einer Sparpolitik à outrance einzuschlagen gedenkt, denn die Erfahrungen haben zur Genüge gezeigt, daß bürgerliche Sparpolitik in erster Linie Einsparungen bei den Sozialausgaben bedeutet. – Bundesrat Spühler ist als Zentralpräsident der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft für die Übernahme des Post- und Eisenbahndepartements zweifellos der geeignete Mann, der sich zudem – davon sind wir überzeugt – bestimmt nicht nur um sein Departement kümmern wird. – Als Chef des Departements des Innern wird Bundesrat Tschudi, der Basler Professor für Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, seine hohen Fähigkeiten am besten einsetzen können. Wir können uns vorstellen, daß sich Bundesrat Tschudi vor allem des eidgenössischen Arbeitsgesetzes mit Tatkraft annehmen wird.

Außenpolitik

In der Bundesrepublik Deutschland ist eine *antisemitische Welle* ausgebrochen. Es begann in Köln, wo in der Weihnachtsnacht die Mauern der neuen Synagoge mit Hakenkreuzen beschmiert wurden. Leider fand das üble Beispiel rasche Nachahmung, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern

auch in andern Ländern. – Dem offenen Ausbruch des Antisemitismus muß mit aller Schärfe begegnet werden, darüber sind sich alle anständigen Menschen einig. Der größte Fehler wäre jedoch, wenn man sich einfach an die äußeren Symptome klammern würde, statt das Übel an der Wurzel zu fassen. Der Ausbruch des Antisemitismus in Deutschland betrifft zwar nur eine kleine Minderheit – die Öffentlichkeit und vor allem die Presse haben von den Schmierereien gewisser Leute, die einem neonazistischen Geist oder, besser gesagt, Ungeist verfallen sind, mit Abscheu Kenntnis genommen; Protestbewegungen haben nicht auf sich warten lassen –, zeigt aber doch, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Vergangenheit noch nicht durchweg bewältigt ist. Gewisse Mängel im westdeutschen Schulwesen sind unverkennbar. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn in den Schulen der Bundesrepublik der Geschichtsunterricht mit dem Ersten Weltkrieg seinen Abschluß findet und die Jugend über das «Dritte Reich» nicht aufgeklärt wird. Dies ist um so schlimmer, als die Eltern in der Regel ihren Kindern auch nichts über die nazistische Vergangenheit Deutschlands erzählen – zum Teil aus Trägheit, zum Teil aus Scham und auf Grund eines schlechten Gewissens. – Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, nur diese offenen Äußerungen des Antisemitismus, die in den letzten Wochen die Weltöffentlichkeit erschreckt haben, zu bekämpfen. Vielleicht noch gefährlicher als der offene Antisemitismus ist der Antisemitismus, der unter der Oberfläche mottet. Dieser latente und oft unbewußte Antisemitismus dürfte weiter verbreitet sein, als im allgemeinen angenommen wird, nicht nur in Deutschland, auch in anderen Staaten, die Schweiz nicht ausgenommen. Es ist Aufgabe des Elternhauses und der Schule, durch eine Erziehung zur Toleranz diese Überreste eines Hasses gegen eine bestimmte Rasse endgültig zu überwinden.

Die *wirtschaftliche Zusammenarbeit des Westens* steht gegenwärtig im Mittelpunkt der westlichen Politik. Für Westeuropa geht es vor allem um die Frage des Zusammengehens zwischen den sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes und den sieben Ländern der Kleinen Freihandelszone. Die amerikanische Außenhandelspolitik steht ganz im Zeichen der passiven Zahlungsbilanz, einer für die USA ungewöhnlichen Lage. Die Amerikaner befürchten, daß eine multilaterale Assoziation zwischen den Ländern der Kleinen Freihandelszone und den im Gemeinsamen Markt zusammengeschlossenen Staaten zu einer Diskriminierung der Vereinigten Staaten führe. Die vom 12. bis 14. Januar in Paris tagende westliche Wirtschaftskonferenz (an dieser Konferenz waren vertreten: Großbritannien, die USA, Kanada, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Dänemark, Griechenland, Italien, Portugal, Schweden, die Niederlande und die Schweiz) konnte natürlich nicht auf einen Schlag die Lösung der komplizierten Probleme bringen. Erfreulich ist aber, daß die Gespräche in Gang gekommen sind und weitergeführt werden. Es soll nun die Reform der OECE (Organisation für euro-

päische Wirtschaftszusammenarbeit) an die Hand genommen werden, um auch die Mit- und Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und Kanadas zu gewährleisten. Eine Kommission wird die Frage der Koordination der Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer zu prüfen haben. Im Anschluß an die westliche Wirtschaftskonferenz wird, ebenfalls in Paris, der Ministerrat der OECE-Staaten zusammentreten. – Das Problem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird durch die *Entlassung des bisherigen Finanzministers der Fünften Republik, Antoine Pinay,* zusätzlich erschwert, obwohl vom Nachfolger Pinays, dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Wilfried Baumgartner, gesagt wird, er vertrete denselben Kurs wie sein Amtsvorgänger. – Pinay will sich in die Einsamkeit zurückziehen, wo er auf die Stunde seiner politischen Wiederkehr zu warten gedenkt. Frankreich scheint an Leuten mit einem ausgeprägten politischen Sendungsbewußtsein keinen Mangel zu leiden. *B. H.*

Blick in die Zeitschriften

Über die chronische Wirtschaftskrise der *Türkei* äußert sich sehr interessant Prof. Dr. *Fritz Baade,* der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, in der «*Welt*», Nr. 248. Er konstatiert «Strukturschwächen von erschreckendem Ausmaß» und kommt dabei zunächst auf die katastrophalen Verhältnisse in der Landwirtschaft zu sprechen, die er selbst kürzlich als Leiter einer Mission der FAO, der Organisation der UNO für Ernährung und Landwirtschaft, an Ort und Stelle studieren konnte. Der von Prof. Baade ausgearbeitete Bericht stellt fest, daß die türkische Wirtschaft in ihren Fundamenten krank sei. Er hebt dabei folgende Punkte hervor:

1. Die Nahrungsproduktion wächst langsamer als die Bevölkerung. Die UNO schätzt, daß die Türkei 1975 eine Bevölkerung von rund 40 Millionen Menschen haben wird.

2. In dem nicht bewässerten Teil der türkischen Landwirtschaft bestehen keinerlei Reserven an kultivierbarem Boden; ganz im Gegenteil: Wasser- und Winderosion haben ein so katastrophales Ausmaß angenommen, daß von 24 Millionen Hektar gepflügten Landes etwa vier Millionen Hektar wieder aus der Ackerkultur herausgenommen und in Weide oder Wald verwandelt werden müssen.

3. Die Weiden sind von Schafen und Ziegen in einem solchen Ausmaß überbeweidet, daß ihr Pflanzenbestand sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Um die Produktivkraft der Weiden wiederherzustellen, muß die Zahl der Weidetiere schätzungsweise um einen Drittel reduziert werden.

4. Die entscheidende Produktionsreserve der Türkei liegt in der Bewässerungswirtschaft. Die Türkei braucht völlige Zähmung der Flüsse durch Mehrzweckanlagen, die gleichzeitig Bewässerungswasser, Hochwasserschutz und elektrische Kraft liefern. Notwendig ist weiter Anleitung der Landwirte in moderner Bewässerungstechnik. In den